#InMagentaWeTrust – Jugend 4.0

Antrag.-Nr.: **28**

Antragsteller: dbb jugend hessen

Betreff: **Einheitliches Dienstrecht trotz Föderalismus**

Antrag: Der Bundesjugendtag soll beschließen:
Die dbb Bundesjugendleitung möge sich gemeinsam mit dem dbb beamtenbund und tarifunion dafür einsetzen, dass eine Ausgestaltung der bestehenden Föderalismusregelungen bei der Politik angestoßen wird, damit eine stärkere Einheitlichkeit im Dienstrecht der Länder und des Bundes erzielt wird.

Begründung: Die Föderalismusreformen in 2006 und 2009 haben durch die Verlagerung von Gesetzgebungskompetenzen für wesentliche Teile des Beamtenrechts vom Bund auf die Länder, bis zu 17 unterschiedlichen Regelungen auf Landes- und Bundesebene geführt. So stellte der stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb Hans-Ulrich Benra anlässlich der Veranstaltung „Zehn Jahre Föderalismusreform(en)“ fest: „Der entstandene Wettbewerbsföderalismus hat den Kampf um die besten Köpfe zwischen den Dienstherren befeuert, obwohl die wirtschaftlichen Bedingungen höchst unterschiedlich sind.“ (dbb magazin, Ausgabe Juni 2016, S. 12).

Es kann nach Auffassung der dbb jugend hessen für kein Bundesland von Vorteil sein, anderslautende Regelungen in Laufbahn, Beihilfe und Versorgung als seine Nachbarländer zu haben. Vor allem die Grundbesoldung sollte in Bund und Ländern nicht weiter auseinanderdriften! Vielmehr wird sehr häufig Politik nach Kassenlage betrieben, die nicht zuletzt auf dem Rücken der Jugend im öffentlichen Dienst ausgetragen wird. Dem soll die dbb Bundesjugendleitung entgegentreten.

	Empfehlung der Antragskommission	Beschluss des Bundesjugendtages
Angenommen		
Abgelehnt		
Arbeitsmaterial	X	X